

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die kgl. Amtshauptmannschaft zu Meißen, das kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff.

Erscheint wöchentlich zweimal, Dienstags und Freitags. — Abonnementpreis vierteljährlich 1 Mark. Einzelne Nummern 10 Pfg. — Inserate werden Montags und Donnerstags bis Mittags 12 Uhr angenommen.

Nr. 9.

Freitag, den 31. Januar

1890.

Verordnung an die Stadträthe, Bürgermeister und Gemeindevorstände.

Behufs Aufnahme einer Inventur bei der Altersrentenbank sind Erörterungen über den Lebensbestand der Rentenanwärter erforderlich und es wird deshalb die Altersrentenbankverwaltung in gleicher Weise, wie dies bereits in den Jahren 1882 und 1886 geschehen, wiederum an die betreffenden Gemeindebehörden mit dem Ersuchen um Ertheilung der nöthigen Auskunft wenden.

Auf Antrag des Finanzministeriums ergeht an die Stadträthe, Bürgermeister und Gemeindevorstände Anweisung, den bezüglichen Anträgen der Altersrentenbankverwaltung Folge zu geben, ohne dafür Kosten zu berechnen.

Die Antwortschreiben an die Altersrentenbankverwaltung sind zwar unfrankirt, jedoch mit der Bezeichnung als portopflichtige Dienstsache abzusenden.

Dresden, am 25. Januar 1890.

Ministerium des Innern.
v. Rostk-Wallwitz.

Paulig.

Auction.

Kommenden Freitag, den 31. Januar d. J., Vormittags von 10 Uhr an, gelangen im hiesigen k. Amtsgerichte verschiedene, zum Theil schon getragene Kleidungsstücke, als: 6 Winterüberzieher, 1 Sommerüberzieher, Kinderanzüge, Hemden u. d. m. gegen sofortige Barzahlung zur Versteigerung.

Wilsdruff, am 27. Januar 1890.

Matthes, Gerichtsvollz. d. k. Amtsgerichts.

Tagesgeschichte.

Das 31. Geburtsfest unseres Kaisers ist in allen Theilen des deutschen Vaterlandes freudig gefeiert worden, wie die hierüber vorliegenden zahlreichen Berichte bekunden, und auch an vielen Orten des Auslandes, wo Reichsdeutsche in größerer Anzahl wohnen, beging man die Geburtstagsfeier des erlauchten Monarchen in entsprechender Weise. Derartige Feierlichkeiten wurden in Wien, Triest, Belgrad, Sofia, Petersburg, Moskau, Rom u. veranstaltet. Ueber die Geburtstagsfeier am Berliner Hofe selbst wird berichtet, daß der Kaiser am Montag früh 9 Uhr die Gratulationen des kaiserlichen Hauptquartiers entgegennahm, um 10 Uhr folgte die Kaiserin mit den kaiserlichen Prinzen, woran sich die Glückwünsche der übrigen Mitglieder des Kaiserhauses anschlossen. Im weiteren Verlauf des Vormittags erschienen zur Abstattung ihrer Glückwünsche die Kommandeure der Leibregimenter, die Generalsquartanten, Generale à la suite, die verschiedenen Oberhof- und Hofchargen und den Reigen der Gratulationen schlossen die Staatsminister, der Reichskanzler Fürst Bismarck an ihrer Spitze. Zur persönlichen Beglückwünschung des Kaisers war König Albert von Sachsen gleich 10 Uhr mittels Extrazuges von Dresden in Berlin eingetroffen. Der König wohnte der Frühstückstafel bei der Kaiserin Friedrich und Abends der Familientafel im königlichen Schlosse bei und trat Abends 10 Uhr die Rückreise nach Dresden an.

Beim Reichskanzler fand am Montag Vormittag ein großes Diner anlässlich des kaiserlichen Geburtsfestes statt, an welchem die Mitglieder des diplomatischen Korps und des Bundesrathes, sowie die Direktoren und Räte im Auswärtigen Amte theilnahmen.

Die Nachricht, daß der Kaiser am Begräbnistage der Kaiserin Augusta 100 000 Mark für eine dritte aus freiwilligen Spenden neu zu erbauende Kirche in Berlin geschenkt hat, wird der „Kreuzzeitung“ beistimmend. Fürst Bismarck, welcher sich im besten Wohlbefinden befindet, wird zunächst dauernd in Berlin bleiben und erst im Frühjahr mit dem Eintritt der wärmeren Jahreszeit auf einen seiner Landsitze sich begeben.

Seitdem es bekannt geworden war, schreibt der „Hamb. Corr.“, daß Kaiser Wilhelm den Reichstag in Person zu schließen beabsichtigte, war die Ansicht allgemein, die Thronrede werde außerordentliche Dinge enthalten, Fürst Bismarck werde wahrscheinlich eine Wahlparole aus Friedrichsruh mitbringen, welche in besonders feierlicher Weise kundgegeben werden sollte. Hiernach mußte die Thronrede eine gewisse Enttäuschung hervorrufen. Es wäre gewiß nun aber sehr wenig angebracht, um einer ungerechtfertigten Erwartung willen die hohe Bedeutung der kaiserlichen Botschaft vom 25. Januar verkennen zu wollen. Schon die Thatsache, daß es dem Kaiser „Herzensbedürfnis“ war — und man darf annehmen, daß die feierliche Form des Reichstagschlusses seiner Initiative entsprang — dem Parlament für die Beweise von Treue in schwerer Zeit und für die fruchtbare Mitarbeit an der inneren und äußeren Festigung des Reiches zu danken, zeigt das konstitutionelle Leben im Reiche von der Seite des Monarchen aus in einem Lichte, das bei allen verfassungstreuen Parteien die größte Befriedigung wecken muß. Demnach ist in dem kaiserlichen Danke, wenn auch keine Wahlparole, so doch immerhin, was fast noch mehr sagen will, ein Programm enthalten, welches sich mehr als in den Worten in dem die guten Leistungen des verstorbenen Reichstags anerkennenden, ausgleichenden, versöhnlichen Geist der Kundgebung ausdrückt. Für die großen Ziele, die in der Botschaft erwähnt sind, des Reiches starke Weltstellung und gesetzmäßige Ordnung, Zufriedenheit im Innern muß die Mithilfe aller staatsbehaltenden Parteien in Anspruch genommen werden, unter denen im Hinblick auf das bisher Erreichte der Geist der Versöhnlichkeit walten möge. Nach der ganzen Absicht, aus welcher die Botschaft entstanden ist, verbot sich die Erwähnung der gescheiterten Sozialistenvorlage von selbst, da hierbei eine Spitze gegen die eine oder die andere der an den Erfolgen der abgelaufenen Legislaturperiode theilnehmenden Parteien unvermeidlich gewesen wäre.

Ueber die Ablehnung des Sozialistengesetzes schreibt die „Köln. Ztg.“ u. A.: Das Sozialistengesetz hat im Reichstags das Schicksal gehabt, welches für den Fall vorausgesehen werden mußte, daß die Regierung an der Forderung der Ausweisungsbefugniß festhielt. Trotz alles Geredes in schlecht unterrichteten oder übelwollenden Blättern stand es längst fest, daß die Nationalliberalen sich mit der Ausweisungsbefugniß

als dem Bestandtheil eines dauernden Gesetzes um so weniger befreunden konnten, als die Schattenseiten derselben von allen Seiten zugegeben wurden. Das Centrum, welches unter Dr. Windhorsts Führung sich zu einer sachlichen Behandlung ernstlicher Fragen nicht aufzuschwingen vermag und stets die Gesichtspunkte des parlamentarischen Handlungsgeschäfts durchschimmern läßt, entschied sich schließlich zu einer ablehnenden Haltung gegenüber einem dauernden Gesetz. Die Deutschfreisinnigen verlangen Aufhebung des Sozialistengesetzes ohne jeden Ersatz. Eine Mehrheit für das Gesetz in der jetzt vorliegenden Fassung konnte also nur durch die Nationalliberalen und die conservativen Parteien zu Stande kommen. Die deutsch-conservative Fraction aber hat erklärt, für das Gesetz ohne die Ausweisungsbefugniß nur stimmen zu wollen, wenn eine bestimmte Aeußerung erfolge, daß die Regierung sich mit ihr von den Nationalconservativen getrennt und die Ablehnung des Gesetzes gegen die nationalliberalen und deutschfreisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt werden. Das Schicksal der Vorlage hing also an dem erlösenden Wort, welches man aus dem Munde der Regierung erwartete. Dieses klärende und befreiende Wort ist nicht erfolgt, die Regierung blieb stumm, und auch die Thronrede, mit welcher der Reichstag geschlossen wurde, streift das Zerwürfniß zwischen den Cartellparteien und der Regierung mit keinem Worte. Man darf wohl annehmen, daß auch in Regierungskreisen widerstreitende Strömungen vorhanden sind, welche sich nicht in ein gemeinsames Bett leiten ließen. Das deutsche Volk wird nun am Wahltag unmittelbar darüber zu entscheiden haben, ob das Sozialistengesetz am 30. September d. J. erlösen soll, oder in welcher Form die bürgerliche Gesellschaft gegen jene wilde Brandung jedes Ohr mit ihrem donnernenden Getöse fällt. Der Wähler hat es hier in der Hand, durch seine Abstimmung in nachhaltiger Weise die praktische Lösung einer Frage zu beeinflussen, welche tief in alle Verhältnisse unseres gewerblichen Lebens einschneidet. Manche doctrinäre Schrulle wird vor der schweren Verantwortlichkeit, welche der Bürger damit seinem eigenen Fleiße gegenüber übernimmt, wie Märzschnee unter der Frühlingssonne hinwegschmelzen. In nationalliberalen Kreise hat die räthselvolle Behandlung der Angelegenheit, welche auf Störungen in der einheitlichen Staatsleitung hinzudeuten schien, vielfach Unbehagen erregt. Diese Empfindungen, wie die Meinungsverschiedenheiten über untergeordnete Einzelfragen, treten jetzt zurück gegenüber der Gewalt, mit der die Frage des Schutzes der bürgerlichen Gesellschaft alle Geister aufrütteln wird. Der Cartellreichstag hat, wie die Thronrede ausführt, das Reich militärisch nach außen gesichert, er hat durch eine großgedachte sozialpolitische Gesetzgebung, welche den besitzenden Classen schwere Opfer auferlegt, für den Frieden im Innern gearbeitet. Das deutsche Volk wird nunmehr in einer Zeit, da unterirdische Riesen mit rohen Fäusten an den Grundlagen jeglicher Kultur und Gesittung rütteln, in Ausübung seines höchsten und schönsten Bürgerrechts nach freier, unbeeinflusster Ueberzeugung an der Wahlurne zu entscheiden haben, ob die schützenden Dämme, welche eine weise Gesetzgebung gegen bräunende Springfluthen aufgeführt hat, mit jähem Entschluß niedergerissen werden sollen.

Das der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber der Sozialdemokratie vorgezeichnete Verhalten wird seitens der „Magdeb. Zeitung“ besprochen, und das auf dem linken Flügel der Nationalliberalen stehende Blatt gelangt dabei zu folgendem Ergebniss: „Wir können uns nicht der Befürchtung entschlagen, das ein großer Sieg der Sozialdemokratie bei den Wahlen der Richtung innerhalb der Arbeiter, welche durch Streiks, maßlose Forderungen zu erreichen hofft, noch mehr Vorschub leisten und daß in Folge davon der soziale Friede auf's Neue in schwerem Maße gestört werden wird. Diese und andere Gründe müssen die bürgerlichen Parteien dazu führen, die Sozialdemokratie als die Gefahr zu betrachten, deren Abwehr nur durch Vereinigung aller Kräfte gelingen kann, und wenn nicht kurzfristige Parteipolitik, wenn nicht persönliche Verbitterung und Leidenschaftlichkeit über Vernunft und Klugheit triumphiren, so hoffen wir wenigstens nicht das Schauspiel zu erleben, daß die Anhänger einer der bürgerlichen Parteien einem sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimmen geben. In Frankreich haben sich die Republikaner aller Schattirungen vereinigt, um